Presseschau vom 03.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg
Als Reaktion auf die Angriffe von ukrainischer Seite auf die Volksrepubliken im Donbass hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäraktion angeordnet. Die Operation wurde inzwischen auch auf Teile der Ukraine, vor allem auf militärische Ziele, ausgeweitet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen.…
https://kurz.rt.com/2tg9

Dagmar Henn: **Ukrainischer Vertreter vor der UNO – Tränen als Propaganda**
Seit Kurzem gibt es in der Ukraine zwei Kriege. Der eine bleibt nach wie vor verborgen, über den anderen wird jetzt mit viel Pathos geredet. Leid und Not gibt es aber nur im zweiten. Und Geschichten, die die Seele anrühren sollen und die Emotionen an die Stelle des Verstandes setzen. …
https://kurz.rt.com/2ulf

Robert Bridge: **Die USA und die NATO wurden nie dafür sanktioniert, dass sie Kriege begannen. Warum?**
Der Westen hat eine extreme Haltung gegenüber Russland eingenommen, wegen der russischen Invasion in der Ukraine. Diese Reaktion entlarvt ein hohes Maß an Heuchelei, wenn man bedenkt, dass die von den USA und der NATO geführten Kriege im Ausland nie

die strafende Reaktion erhalten haben, die sie verdient hätten. …
https://kurz.rt.com/2umu

Maria Müller: **Manöver vor russischer Grenze: Die NATO verfolgt eine Strategie der Spannung**
Zehn internationale NATO-Manöver mit Angriffskonzepten waren für 2022 in der Ukraine vorgesehen. Auch Angriffsoperationen gegen Russland und Weißrussland gehören zu den Themen des Programms. Die Ukraine und das Schwarze Meer würden damit zum ganzjährigen Aufmarschgebiet zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
https://kurz.rt.com/2um2

de.rt.com: **Weißrusslands Präsident Lukaschenko: Darum traf Putin seine Entscheidung**
In einer öffentlichen Sitzung hat der weißrussische Präsident Lukaschenko am Dienstag einen Rückblick auf die Ereignisse gegeben, die zur Entscheidung Moskaus geführt haben, in der Ukraine zu intervenieren. Dabei eröffnete Lukaschenko einige bisher unbekannte Details. …
https://kurz.rt.com/2umb

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **Gift und Galle statt kühler Vernunft und Diplomatie – dazu noch monströse Dummheiten**
Das Parlament und die deutsche Bundesregierung haben einen kulturellen und friedenspolitischen Offenbarungseid abgelegt. Für die astronomischen Folgekosten werden alle bluten, nur die Superreichen nicht. …
https://kurz.rt.com/2uon

Dagmar Henn: **Nicht nur Inflation, auch Engpässe bei Nahrungsmitteln – Die Sanktionen treffen den deutschen Alltag**
Das Ende für die Gaspipeline Nord Stream 2 wird Deutschland mehr Schaden zufügen als Russland. Auch die Lebensmittelwirtschaft und andere Bereiche der Grundversorgung werden durch diese Energieverknappung im Mitleidenschaft gezogen. Im Interesse der Bevölkerung ist das Ganze nicht. …
https://kurz.rt.com/2unj

abends/nachts:

19:58 snanews.de: **Russland wird beliebigem ökonomischem und politischem Druck standhalten – Lawrow**
Russland ist nach Worten seines Außenministers, Sergej Lawrow, in der Lage, einem beliebigen ökonomischen und politischen Druck standzuhalten.
„Jenen, die daran zweifeln, empfehle ich, sich mit der russischen Geschichte vertraut zu machen, mit der Geschichte des Russischen Zarenreichs, mit der Geschichte der Sowjetunion und mit der Geschichte der Überfälle feindlicher Armeen auf uns“, sagte Lawrow am Mittwoch in einem Interview des TV-Senders Al Jazeera.
„Wenn der Westen schon beschlossen hat, vor Russland einen neuen Eisernen Vorhang fallen zu lassen, werden wir das verkraften, wir werden uns weiter entwickeln können.“
Auf die Frage, ob die Welt am Rande des Dritten Weltkrieges stehe, empfahl Lawrow, die Antwort bei US-Präsident Joe Biden zu suchen. „Biden hatte gesagt, dass eine Alternative zu derart massiven Sanktionen nur der Dritte Weltkrieg gewesen wäre. Wie kann man in solchen Kategorien denken? Biden ist doch ein erfahrener Politiker, abgesehen von unserer Einstellung dazu, was die USA auf dem internationalen Schauplatz tun.“
Bei der Wahl zwischen dieser Sanktionswelle und dem Dritten Weltkrieg hätte der Gefragte wissen müssen, dass der Dritte Weltkrieg nur ein Atomkrieg sein würde, so Lawrow.

Alte Instinkte westlicher Partner
„Alte Instinkte dürften die Gemüter unserer westlichen Partner immer noch dominieren, wenn sie eine solche Möglichkeit im Prinzip zulassen, ungeachtet der öffentlich bekräftigten Position aller fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates“, betonte Lawrow.
Russland hatte am vergangenen Donnerstag eine militärische Spezialoperation in der Ukraine gestartet. Ihr Ziel besteht laut Präsident Wladimir Putin darin, „die Menschen zu schützen, die im Laufe von acht Jahren dem Genozid seitens des Kiewer Regimes ausgesetzt waren“. Dazu sei eine Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine nötig. Alle mit dem Blut unschuldiger Zivilisten im Donbass besudelten Kriegsverbrecher sollten vor Gericht gestellt werden, forderte der Präsident.
Spezialoperation Russlands in der Ukraine
Dem Verteidigungsministerium in Moskau zufolge werden in der Ukraine ausschließlich Objekte der militärischen Infrastruktur und die ukrainischen Streitkräfte angegriffen. Die Zivilbevölkerung habe nichts zu befürchten. Die Verbände der beiden von Russland mittlerweile anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hätten mit Unterstützung der russischen Armee eine groß angelegte Offensive auf Positionen der Kiewer Armee gestartet. Putin zufolge hat Russland keine Pläne, die Ukraine zu besetzen.
Als Reaktion auf die Spezialoperation Russlands in der Ukraine verhängte der Westen weitere harte Sanktionen gegen Moskau.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5002631_0:0:3167:1782_1920x0_80_0_0_72afeb41ac219aea153897528db12cd3.jpg

20:27 snanews.de: **Ukrainischer Außenminister: Kiew zu diplomatischer Lösung bereit**
Es ist laut dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba schwierig, die Aussichten für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine vorherzusagen. Kiew ist ihm zufolge bereit, eine diplomatische Lösung des Konflikts zu suchen.
„Jetzt ist es sehr schwierig, etwas vorherzusagen, deshalb kann ich keine Details nennen. Natürlich ist die Ukraine bereit, nach einer diplomatischen Lösung zu suchen, um diesen Krieg zu beenden“, sagte Kuleba im ukrainischen Fernsehen.
Zuvor hatte der weißrussische Politikwissenschaftler Juri Woskresenski, der den Organisatoren der Verhandlungen nahe steht, mitgeteilt, dass die zweite Runde der russisch-ukrainischen Verhandlungen am 2. März in Weißrussland nahe der Grenze zu Polen stattfinden könnte. Den genauen Zeitpunkt der Gespräche hat er nicht genannt.
Am Mittwoch berichtete die weißrussiche Nachrichtenagentur Belta, dass die russische Delegation zum Ort der Verhandlungen mit der ukrainischen Seite bereits aufgebrochen sei. Inzwischen wurde auch bekannt, dass die ukrainische Delegation erst am Donnerstag früh zu den Verhandlungen eintreffen will.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5571562_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_b327ad24d769a5a038023a9d7abbe23a.jpg

20:58 de.rt.com: **Russlands Botschafter in Venezuela: Moskau wird Kooperation mit Lateinamerika stärken**

Der russische Botschafter in Venezuela sieht die Beziehungen zwischen seinem Land und Lateinamerika auf einem guten Weg. Nach Angaben von Sergei Melik-Bagdassarow intensiviert Russland die Kooperation mit dem Kontinent auch unter den westlichen Sanktionen weiter.

Der russische Botschafter in Venezuela hat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt, die jüngst von den USA und der EU gegen sein Land verhängten Sanktionen würden Russlands Kooperation mit den lateinamerikanischen Ländern nicht beeinträchtigen. Sergei Melik-Bagdassarow kündigte an, Moskau werde seine Kontakte zu Venezuela und den anderen lateinamerikanischen und karibischen Staaten weiterhin intensivieren. Die Strafmaßnahmen der USA und der EU-Länder bezeichnete er als einseitig und illegal.

Zuvor hatte der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert. Beim Gespräch bekundete Maduro Putin seine "feste Unterstützung für Russland" und verurteilte "die destabilisierenden Aktivitäten" der USA und der NATO. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit, der laufenden westlichen Lügen- und Desinformationskampagne entgegenzuwirken.

Die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez attackierte am selben Tag den UN-Menschenrechtsrat UNHCR wegen seiner Haltung in der Ukraine-Krise. Sie warf der UN-Behörde mit Sitz in Genf vor, "Hass und Intoleranz gegen Russland euphorisch" zu fördern.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f3d6348fbef77f0200aa3.jpg

23:10 (21:10) novorosinform.org: **Das russische Verteidigungsministerium errichtet einen**

Stab für humanitäre Hilfe
Die militärische Führung Russlands kündigte die Schaffung eines Stabes für die humanitäre Reaktionen auf die Situation in der Ukraine an, wie der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, mitteilte.
Laut der Veröffentlichung von Iswestja besteht das Hauptziel der Einrichtung dieses Stabes darin, der Bevölkerung der DVR und LVR sowie der von der Ukraine kontrollierten Gebiete humanitäre Unterstützung zu leisten. Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass bereits über 10,5 Tonnen humanitärer Fracht für ukrainische Bürger vorbereitet worden seien.
Laut Misinzew wird auf dem Territorium unseres Landes "effizient und ununterbrochen" gearbeitet, um den Bürgern der Ukraine zu helfen. Er betonte, dass die regionalen Behörden Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung von Kindern in Vorschulen, Schulen, weiterführenden und höheren Bildungseinrichtungen umgehend lösen. Außerdem sind die Menschen bereit, bei der Suche nach einer Beschäftigung am Ort des vorübergehenden Aufenthalts behilflich zu sein.

21:44 snanews.de: **Humanitäre Korridore für Zivilisten in Ukraine notwendig – Russlands Verteidigungsministerium**
Laut dem russischen Verteidigungsministerium müssen unverzüglich humanitäre Korridore eingerichtet werden, um Zivilisten in der Ukraine die Ausreise an sichere Orte zu ermöglichen.
Nach dem Verteidigungsministerium vorliegenden Informationen verhindern ukrainische Nationalisten, dass Zivilisten, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, die blockierten ukrainischen Städte verlassen können.
„Solche verlässlichen Informationen liegen uns vor allem zu Kiew, Charkow und Mariupol sowie zu einer Reihe anderer Städte vor. Gleichzeitig nutzen die Nationalisten Zivilisten als menschliche Schutzschilde und provozieren so den Einsatz von Waffen gegen unschuldige Menschen“, so der Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Michail Misintsew.
Er betonte, dass die russischen Streitkräfte dies (Einsatz von Waffen gegen Zivilisten – Anm. d. Red.) „nicht getan haben und nicht tun werden".
„In Anbetracht dessen appellieren wir nun an alle internationalen Organisationen sowie an die ukrainische Führung, unverzüglich die Schaffung humanitärer Korridore für alle Bürger zu gewährleisten, die dies wollen“, so Misintsew.
Am 21. Februar hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt und drei Tage später einen militärischen Spezialeinsatz zur „Demilitarisierung und Entnazifizierung“ der Ukraine eingeleitet. Der russische Präsident versicherte, dass Moskau keine Pläne habe, die Ukraine zu besetzen – es gehe nur um ihre „Demilitarisierung und Denazifizierung“.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5563065_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_8cf52703a9ba793079cdb25418c94030.jpg

21:52 snanews.de: **Moskau über „historische Verantwortung“ Deutschlands erstaunt – Lawrow**

Die jüngsten Kommentare des offiziellen Berlin zur Ukraine und zu Waffenlieferungen an dieses Land rufen nach Worten des russischen Außenministers, Sergej Lawrow, Erstaunen hervor.

„Geschockt höre ich Kommentaren europäischer, insbesondere deutscher Politiker, zu. Meine Kollegin Annalena Baerbock sagt, dass sich Deutschland angesichts seiner historischen Verantwortung verpflichtet fühlt, die Ukraine mit Waffen zu versorgen“, sagte Lawrow am Mittwoch in einem Interview des TV-Senders Al Jazeera.

„Wie ist das zu verstehen? Dass die historische Schuld und deren Erkenntnis Deutschland eine Unterstützung für Neonazis abverlangen? Das ruft etwas merkwürdige Gedanken wach. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen behauptet, dass die EU und die Ukraine jetzt einander deutlich näher seien als jemals zuvor. Worauf spielt sie denn an? Ist es nicht ein Signal, dass, solange du ein Russophober, solange du ein Faschist, solange du ein Neonazi bist, dir alles erlaubt ist?“, fragte Lawrow.

Entnazifizierung der Ukraine tut not

Die Ukraine müsse entnazifiziert werden, genauso wie seinerzeit Deutschland. „Genauso, wie das faschistische Deutschland dieser Prozedur in der Vergangenheit unterzogen wurde. Ich appelliere ein weiteres Mal: Schauen Sie sich frei zugängliche Videos an, die Aufschluss über Freiheiten geben, die die Neonazis in der Ukraine genießen, wenn sie Straßenzüge mit Porträts von Kriegsverbrechern organisieren. Präsident (Wladimir) Selenski stellt ihnen seine Garde als Ehrenformation zur Verfügung. (…) Uns steht eine große Arbeit bevor“, so Lawrow.

Zur Position Russlands bei den Verhandlungen mit der Ukraine zählte der Minister die Hauptbedingungen Moskaus auf: die Anerkennung der Krim als Teil Russlands, die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in ihren früheren administrativen Grenzen und eine Demilitarisierung der Ukraine.

„Dabei muss die Demilitarisierung konkrete Parameter haben, die noch abzustimmen sind.“ In der Ukraine dürfe es überhaupt keine Waffen geben, die die Sicherheit der Russischen Föderation bedrohen könnten, betonte Lawrow.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/12/5046946_0:0:2967:1669_1920x0_80_0_0_50c77e1d725c91319afad2e89571260c.jpg

21:55 snanews.de: **Situation um Nord Stream 2 offenbarte Deutschlands „wahren Platz“ auf Weltbühne – Lawrow**

Nach Ansicht des russischen Außenministers, Sergej Lawrow, hat die Situation um die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 allen deutlich vor Augen geführt, „welchen Platz“ Europa, einschließlich Deutschland, auf der Weltbühne einnimmt – und zwar „einen untergeordneten“.

Wie Lawrow am Mittwoch in einem Interview des TV-Senders Al Jazeera bezüglich des Stopps des Zertifizierungsverfahrens für die Pipeline erklärte, ist Russland „auf alles vorbereitet“ gewesen.

Der Außenminister habe keine Zweifel daran gehabt, dass die EU und „natürlich die Nato“ den Vereinigten Staaten gehorsam folgen würden – insbesondere, als das Schicksal von Nord Stream 2 klar geworden sei.

„Auch wenn es wieder gestartet würde (die Entscheidung liegt wahrscheinlich bei uns), komme was da wolle, ist es schon jetzt klar, dass Nord Stream 2 seine Rolle in der Geschichte gespielt hat, weil es deutlich gezeigt hat, welchen Platz Europa, einschließlich Deutschland, auf der Weltbühne tatsächlich einnimmt – einen absolut untergeordneten und abhängigen Platz“, machte Lawrow deutlich.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/0a/5308255_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_2cfcf679248f0cfac4774efc5afb3177.jpg

22:08 de.rt.com: **Medienberichte: US-Energieunternehmen fordern Verzicht auf Sanktionen gegen Uran aus Russland**

Energieunternehmen in den USA drängen das Weiße Haus, keine Sanktionen gegen Uranimporte aus Russland zu verhängen. Diese gelten als Garant für überschaubare Strompreise auf dem heimischen Markt, wie Reuters unter Berufung auf Quellen in der Branche berichtet.

Die Atomkraftindustrie der USA setzt sich im Weißen Haus dafür ein, dass Uranimporte aus Russland trotz des eskalierenden Konflikts in der Ukraine fortgesetzt werden können. Zwei mit der Angelegenheit vertrauten Quellen zufolge sind billige Brennstofflieferungen der Schlüssel zu niedrigen Strompreisen auf dem US-amerikanischen Markt.

Das US National Energy Institute, eine Handelsgruppe von US-Kernenergieerzeugern, zu denen auch zwei der größten US-Versorgungsunternehmen, Duke Energy Corp und Exelon Corp, gehören, betreibt Berichten zufolge im Moment aktive Lobbyarbeit im Weißen Haus, um Sanktionen gegen Uranimporte aus Russland zu verhindern.

Uran ist für die Stromerzeugung in Kernkraftwerken unerlässlich. Es wird als Brennstoff in den Reaktoren verwendet. Dort wird Wasser zum Kochen gebracht, um mit dem Dampf Turbinen in Bewegung zu setzen. Fast die Hälfte des Urans, mit dem US-Kernkraftwerke betrieben werden, stammt aus Russland und seinen Nachbarländern Kasachstan und Usbekistan.

Diese Anlagen wiederum sind für die Erzeugung von etwa 20 Prozent des US-Stroms verantwortlich. Das geht aus Daten der US Energy Information Administration und der World Nuclear Association hervor. Obwohl die USA über große Uranreserven in den Bundesstaaten Texas und Wyoming verfügen, produzieren sie derzeit kein eigenes Uran.

In den vergangenen Tagen verhängten die USA und ihre Verbündeten Sanktionen gegen Russland, nachdem russische Truppen im Rahmen einer militärischen Sonderoperation in die Ukraine einmarschiert waren. Allerdings erstrecken sich die Sanktionen derzeit nicht auf Uranverkäufe aus Russland.

Auf die Frage nach dem Uran-Lobbying sagte ein Vertreter des Weißen Hauses, die US-Regierung höre sich alle Anfragen aus der Industrie an und werde dies auch weiterhin tun, während Maßnahmen ergriffen würden, "um Russland zur Rechenschaft zu ziehen". Der schwedische Energieversorger Vattenfall AB erklärte bereits vergangene Woche, er werde den Kauf von russischem Uran für seine Kernreaktoren ebenfalls aufgrund der Situation in der Ukraine bis auf weiteres einstellen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f4200b480cc595e680b2a.jpg

22:26 de.rt.com: **"Die Realität sieht ganz anders aus" - RT-Reporter in Melitopol**

Auf dem Weg von der Krim nach Melitopol findet RT-Reporter Murad Gazdiew etwas Anderes, als er erwartet hat. Während das Internet voll ist mit Bildern ausgebrannter Panzer und den Spuren von Gefechten, sieht er fast keine Anzeichen von Gewalt.

Murad Gazdiew, Reporter von RT, ist in Melitopol und berichtet, was er gesehen hat.
"Wir sind über die Krim in die Ukraine eingereist, haben die Region Kherson durchquert und sind in die Region Saporoschschje eingereist. Und ich muss Ihnen sagen, dass die Realität ganz anders aussieht als das, was wir auf Telegram oder in den Nachrichten sehen."
Melitopol liegt etwa 60 Kilometer von der Küste des Asowschen Meers entfernt und hat etwa 150.000 Einwohner.
"Auf der ganzen Strecke haben wir keine zerstörten Geräte gesehen. Es gab fast keine Anzeichen von Gewalt - abgesehen von beschädigten zivilen Fahrzeugen an der Grenze. Selbst in den Außenbezirken von Melitopol sahen wir keine zerstörten Gebäude oder Anzeichen von Kämpfen, aber bei einigen Gebäuden waren die Fensterscheiben eingeschlagen. Und das könnten, nach allem was wir wissen, Plünderer gewesen sein, die jetzt die Stadt in Angst halten."
In vielen ukrainischen Städten haben die Behörden unkontrolliert Waffen an die Bevölkerung verteilt, was zu einem massiven Anstieg von Plünderungen und Gewalttaten geführt hat.
Wie an anderen Orten auch, wird versucht, Melitopol durch Verhandlungen und nicht durch Kampfhandlungen einzunehmen. Zur Zeit laufen solche Verhandlungen in Energodar, einer Siedlung, die zu einem Kernkraftwerk bei Saporoschje gehört.
Weiter als in die Außenbezirke von Melitopol kam Gazdiew aber nicht. Die Stadt gilt noch nicht als völlig sicher und das Militär wollte sich nicht auch noch um Journalisten sorgen: "Verstehen Sie, für die Nazis sind Sie nur ein Bonbon. Stellen Sie sich vor, sie nehmen russische Journalisten gefangen!"
In der Stadt kam es, das belegen Videos aus dem Internet, zu einer Protestdemonstration einiger Bürger mit ukrainischen Fahnen, die aber friedlich verlief und unbehelligt blieb.
Auch Gazdiew bestätigt, dass die Gegend ruhig ist.
"Alles in allem haben wir einen halben Tag lang keine Schüsse oder Explosionen gehört, sondern nur einen Zug nach dem anderen mit russischem Gerät aus der Luft gesehen."
Russische Truppen wurden vergangene Woche im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovozierte Offensive vorgeworfen.
Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und eine Reihe ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621fdfcb48fbef2cf02d361f.jpg

0:11 (22:11) novorosinform.org: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben das Gebäude des Verteidigungsministeriums der Ukraine in Kiew angegriffen**
Mehreren Quellen zufolge wurde auch das Hauptkommando der Bodentruppen der Streitkräfte der Ukraine getroffen.
„Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte starteten Raketen- und Bombenangriffe auf das Verteidigungsministerium der Ukraine und das Oberkommando der Bodentruppen der Streitkräfte der Ukraine in Kiew. Sie starteten auch Raketen- und Bombenangriffe auf die Stellungen der Nazi-Formation "Asow" (*eine in der Russischen Föderation verbotene Organisation*) in Charkow", berichtete der Telegram-Kanal "Berichte der Miliz von Noworossija".
Im Internet erschien ein Foto des zerstörten Gebäudes der Territorialverteidigung in Charkow. Es wurde vom Journalisten Juri Tkatschew aus Odessa auf seinem Telegram-Kanal veröffentlicht.
"Es scheint das eigentliche Hauptquartier der Verteidigung in Charkow zu sein. Nun, was davon übrig ist. Wir haben das Hauptquartier der Verteidigung in Odessa in einem alten Herrenhaus im Zentrum. ...", kommentierte er.

https://cdn4.telesco.pe/file/o0uD9n1BVmfT3ywR8TGo_tilzB65beZMoYBU3LdovuoblnToGozJfz--I5IVE5hFNopys9RrChak7ysOAWWyJna1qqy1ISndnhlTHbsc_nD29ma8LHcsppN-gFwwsWJYkA8cXevfjeszKhk2lq8DtEJb-E9H_TaT5GXx9_zOUAvKUflmv9VM48S4XP5QaUwOgsMBTzIPkhujp1zgD2Nq_Pjs5P-7N2RLL3a3MKQz_po_VX66qEhvqWWVxy415iFMgBcPMqFE1ILJinEyhse__TJPTHvpnrEBEX8RSlGZCL_CWbebStqjp22BxcJIepr_8iY7jnuVX_u9hgxuwLEtmA.jpg

1:01 (23:01) rusvesna.su: **Bürgermeister von Kremennaja hingerichtet: Ukrainische Nazis begannen mit Massakern**
Die Nazis haben den Bürgermeister der Stadt Kremennaja auf dem von Kiew besetzten Gebiet der LVR demonstrativ ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Am Rande der Stadt kommt es nun zu Kämpfen mit den Truppen der LVR und Russland um ihre Befreiung.
Der Ex-Kommaneur des Asow-Regiments, Leiter des zentralen Hauptquartiers des Nationalkorps Maxim Shorin "Mose" veröffentlichte ein Foto des ermordeten Bürgermeisters

von Kremennaja Wladimir Struk.
In der Stadt wird jetzt gekämpft. Und die Nazis freuen sich über die gelungene Repressalie gegen den „Separatisten“. Struk unterstützte 2014 die Ausrufung der LVR, floh dann aber in die von Kiew besetzten Gebiete. Am 1. März meldete Struks Frau seine Entführung durch Unbekannte in Tarnuniformen.
Nazi Shorin schreibt: „Es gibt einen Verräter weniger. Der Leiter der Region Kremennaja Lugansk Wladimir Struk, ehemaliger Abgeordneter des Regionalrats von Lugansk, wurde ermordet aufgefunden.
2014 war er ein aktiver Unterstützer der LVR. Dann reiste er in einen von der Besetzung freien Teil des Gebiets Lugansk ab.
In der letzten Woche nahm er aktiv eine pro-russische Position ein, indem er die Abgeordneten Oppositionsplattform zur Kommunikation mit der Russischen Föderation und der LVR aufrief und Abgeordnete zu diesem Thema versammelte.
Die Todesursache (vorläufig) war eine Schusswunde ins Herz.
Der gesamte Staatsapparat der Ukraine – der SBU, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte – konnte 8 Jahre lang nichts mit dem ausgesprochenen Separatisten Struk anfangen. Er hatte viel Geld. Höchstwahrscheinlich mit Unterstützung der Russischen Föderation.
Doch als sich die russischen Truppen dem 15 km entfernten Kremennaja näherten, wurde Wladimir Struk vor ein Volkstribunal gestellt. Anscheinend wurde er von unbekannten Patrioten als Verräter nach den Gesetzen des Krieges erschossen.“
Die schreckliche Nachricht wurde vom Vertreter der LVR bei den Gesprächen in Minsk, Rodion Miroschnik, kommentiert.
„Ukrainische Nazis haben den Bürgermeister von Kremenaja kaltblütig ermordet, weil er versucht hatte, die Stadt vor militärischer Zerstörung und ihre Einwohner vor unnötigem Tod und Aufruhr zu retten.
Dabei handelt es sich um eine demonstrative Geiselnahme und ihre außergerichtliche Hinrichtung durch die Nazisten mit Duldung und Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden.
Das ist ein Kriegsverbrechen!
Wladimir Struk war eine umstrittene und zweideutige Persönlichkeit, aber seine Ermordung ist eine demonstrative Nazi-Gesetzlosigkeit als Warnung an andere, die sich den Nazis nicht unterwerfen und kein menschlicher Schutzschild für Mörder und Nazis sein wollen.
Ihr habt nicht mehr lange!"

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/trupl.jpg

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Brüssel: EU könnte wegen Sanktionen wirtschaftliche Probleme bekommen**
Ein führender Vertreter der Europäischen Union äußerte seine Sorge über mögliche negative Konsequenzen der antirussischen Sanktionen der Europäischen Union. Es werde weiteren Druck auf die Energiepreise geben.
Der EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni hat am Mittwoch gewarnt, dass der Krieg in der Ukraine und die darauf folgenden Sanktionen gegen Russland Europas Energieversorgung beeinträchtigen und das Wirtschaftswachstum bremsen könnten.
Auf einer Pressekonferenz in Brüssel sagte er, Europa könne Probleme bei der Versorgung mit Energieressourcen bekommen – genauer gesagt, bei der Lieferung von russischem Gas – und müsse auf ein solches Ergebnis vorbereitet sein. Gentiloni fügte hinzu:
"Der Einmarsch Russlands in die Ukraine wird sich wahrscheinlich negativ auf das Wachstum auswirken, unter anderem durch Auswirkungen auf die Finanzmärkte, weiteren Druck auf die Energiepreise, anhaltende Engpässe in der Versorgungskette und Vertrauenseffekte, die wir nicht unterbewerten sollten."
Seine Erklärung erfolgte, nachdem das statistische Amt der EU, Eurostat, am Mittwoch berichtet hatte, dass die Inflation innerhalb der EU im Februar auf einen neuen Höchststand von 5,8 Prozent gestiegen war.
Zuvor hatte auch die Europäische Kommission eine Erklärung abgegeben, in der sie die negativen Auswirkungen der antirussischen Sanktionen auf die wirtschaftliche Lage der Mitgliedstaaten darlegte.
Russland ist der größte Energielieferant der EU, deckt etwa 40 Prozent des Erdgasbedarfs des Staatenblocks und liefert fast ein Drittel der Rohölimporte. Die Öl- und Gasindustrie des Landes steht noch nicht auf der Sanktionsliste, aber am 1. März verabschiedeten die Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Entschließung, in der die Militäroffensive Russlands in der Ukraine verurteilt wurde. Sie forderten schärfere Sanktionen, einschließlich der Beschränkung von Öl- und Gasimporten und der vollständigen Abtrennung des Landes vom internationalen SWIFT-Zahlungsverkehrssystem.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621fab08b480cc297372fb2f.jpg

7:31 de.rt.com: **Russischer Menschenrechtsrat kritisiert Sperrung russischsprachiger Websites**
Am Mittwoch hat sich der russische Menschenrechtsrat für Informationsrechte in einer

Mitteilung zur Sperrung russischsprachiger Webseiten in der EU geäußert. Die Sperrung der Kanäle von RT und Sputnik auf YouTube kritisierte die Behörde scharf.
Der Ständige Ausschuss des russischen Präsidialrats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte (HRC) im Informationsbereich hat sich am Mittwoch in einer Mitteilung zur Sperrung russischsprachiger Webseiten geäußert. In dem Schreiben wird darauf verwiesen, dass das Recht eines jeden auf Zugang zu Informationen in Artikel XIX der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sei. Kein internationales Umfeld könne oder sollte die Arbeit der Medien behindern. Jede Zensur im Rahmen dieser Erklärung sei inakzeptabel.
"Wir halten die Sperrung von Websites russischsprachiger Publikationen für inakzeptabel. Doch genau das erleben wir jetzt. Google und das soziale Netzwerk TikTok haben im Zusammenhang mit der russischen Militäroperation in Europa die Sperrung aller RT- und Sputnik-bezogenen YouTube-Kanäle in Europa angekündigt. Wir fordern sie auf, die Blockade auf der Grundlage der Grundsätze des Völkerrechts aufzuheben."
Weiterhin wird darauf verwiesen, dass der britische Premierminister Boris Johnson geäußert habe, er sei der Ansicht, dass Politiker nicht das Recht hätten, eine bestimmte Medienorganisation zu verbieten. Daher lehne er ein mögliches Verbot des Fernsehsenders Russia Today durch die Behörden ab. Man wünsche sich daher, dass die Regierungsstellen in anderen Ländern ebenfalls diese Haltung einnehmen würden. Dies gelte umso mehr, da jedes Verbot Vergeltungsmaßnahmen nach sich ziehe und die Rechte der Journalisten weiter eingeschränkt würden:
"Wir rufen Medienschaffende in allen Ländern auf, sich an die Globale Ethik-Charta für Journalisten zu erinnern, die die Grundlage des Journalismus bildet. Darin wird erklärt, dass Journalisten nicht zur Aufstachelung von Hass oder Vorurteilen beitragen dürfen."

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621feccb48fbef339e0e9c94.jpg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko zu Lage um 9:00 Uhr am 3.3.22**
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer viermal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet und **sieben Ortschaften beschossen**. …
Infolge des Beschusses von **Kirowsk** und **Perwomajsk** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ wurden 14 Wohnhäuser, eine Stromleitung und eine Mitteldruckgasleitung beschädigt.
Die Einheiten der Volksmiliz befreien weiter Ortschaften von den bewaffneten Formationen der Ukraine, unter vollständige Kontrolle der LVR kamen weitere sieben: **Nowoajdar, Krasnoretschenskaja, Jelifanowka, Stepnoj Jar, Gawrilowka, Starobelsk, Andrejewka**.

Außerdem betragen die **Verluste des Gegners** zusätzlich zu den gestern genannten:
79. Luftsturmbrigade – 14 Tote und 26 Verletzte;
57. Panzergrenadierbrigade – 19 Tote und 31 Verletzte.
Außerdem wurden 52 Stück Militärtechnik aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade und der 57. Panzergrenadierbrigade vernichtet.

9:21 de.rt.com: **Noch mehr Waffen an die Ukraine: Deutschland liefert Flugabwehrraketen**
Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Lieferung von 2.700 Flugabwehrraketen vom Typ Strela an die Ukraine genehmigt. Es handelt sich um ehemalige Bestände der Nationalen Volksarmee der DDR. Der Rüstungskonzern Rheinmetall rechnet mit bis zu 3.000 neuen Stellen.
Aus Kreisen des Wirtschaftsministeriums wurde bestätigt, dass die Bundesregierung eine Lieferung von 2.700 Flugabwehrraketen, auch Boden-Luft-Raketen, vom Typ Strela aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) genehmigt hat. Laut Informationen der Presseagentur dpa wurde im Verteidigungsministerium seit Tagen geprüft, ob und welche weiteren Waffen an die Ukraine abgegeben werden können. Bei der vom Wirtschaftsministerium jetzt genehmigten Lieferung handelt es sich jedoch um Waffen einer anderen Bauart.
Am Samstag vergangener Woche hatte die Bundesregierung angekündigt, die ukrainischen Streitkräfte mit 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger unterstützen zu wollen, so Informationen des RND. Die von Deutschland bereitgestellten Waffen für die Ukraine sind demnach laut dpa am Dienstag dieser Woche dem ukrainischen Militär übergeben worden. Die zuvor zugesagten 5.000 Helme für die ukrainische Armee wurden am Samstag vergangener Woche aus Deutschland geliefert.
Des Weiteren wurden laut der dpa den NATO-Partnern Niederlande und Estland die Lieferung von Waffen an die Ukraine genehmigt, die aus deutscher Produktion oder ehemaligen DDR-Beständen stammen. Von Beginn an wollte Estland die Ukraine in der sich abzeichnenden Eskalation mit einer Lieferung von neun alten Haubitzen aus den Beständen der DDR-Armee militärisch aktiv unterstützen. Hierfür benötigte Tallinn jedoch eine Ausfuhrgenehmigung der Deutschen Bundesregierung. Zuvor hatte Berlin den Niederlanden die Lieferung von 400 Panzerabwehrwaffen aus deutscher Produktion an die Ukraine genehmigt.
Am 27. Februar begründete Kanzler Olaf Scholz die Entscheidung der Bundesregierung, sich mit Waffenlieferungen aktiv am Ukraine-Konflikt zu beteiligen. Scholz wörtlich:
"In dieser Situation ist es unsere Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Wladimir Putin. Deutschland steht eng an der Seite der Ukraine."
Bei der Strela-Flugabwehrrakete handelt es sich um eine schultergestützte Kurzstrecken-Boden-Luft-Rakete aus sowjetischer Produktion. Sie ist das sowjetische-russische Pendant zur amerikanischen FIM-43 Redeye und gilt weltweit als die meist verbreitete und genutzte Flugabwehrrakete.
Armin Papperger, der Vorstandschef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, teilte der Wirtschaftswoche mit, dass das Unternehmen bald bis zu 3.000 neue Mitarbeiter einstellen könnte, falls die Bundesregierung auf die jüngste Offerte des Unternehmens eingeht. Rheinmetall bietet der Bundesregierung aktuell ein milliardenschweres Rüstungspaket in Höhe von 42 Milliarden Euro an. Dieses beinhaltet große Mengen an Munition sowie mehrere Hubschrauber sowie Ketten- und Radpanzer. Laut Unternehmensangaben kann auch die Produktion von Munition für Panzer von rund 40.000 auf 240.000 Stück erhöht werden.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/622064d5b480cc65814ca505.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 10:30 Uhr am 3.3.22**
Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.
Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.
Im Ergebnis des Feuers der Artillerieeinheiten der Volksmiliz der DVR wurde **ein großer Teil der Artillerie der 56. Panzergrenadierbrigade und der 25. Luftlandebrigade vernichtet**.
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 13-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen sowie verschiedenen Granatwerfern eröffnet. **Unter Beschuss gerieten 6 Ortschaften der Republik**.
Infolge der ukrainischen Aggression gibt es **Opfer unter der Zivilbevölkerung**.
Zwei Bürger wurden verletzt, ein Wohnhaus wurde beschädigt.
Außerdem haben **ukrainische Nationalisten bereits einen zweiten Versuch unternommen, das Suewker Wärmekraftwerk außer Betrieb zu setzen**. Durch Artilleriebeschuss wurde das Gebäude eines Heizwerks des Suewker Wärmekraftwerks beschädigt.
Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.
Die Einheiten der Volksmiliz der DVR setzten die Maßnahmen zur Befreiung von Ortschaften der Donezker Volksrepublik von den ukrainischen Besatzern fort. Infolge erfolgreicher Handlungen wurde die Kontrolle über **Nowoalexandrowka, Nowoalexejewka, Polkowoje, Schewtschenko, Priwolnoje, Lidino, Primorskoje, Priasowskoje** und **Berdjanskoje** hergestellt. Es laufen **Maßnahmen zur Befreiung der Städte Wolnowacha und Mariupol** von den ukrainischen Nationalisten.
Nach Mitteilungen örtlicher Einwohner von Mariupol bewegen sich die **Nazis von den Einheiten von „Asow“** mit Mörsern durch die Stadt und **schießen in unmittelbarer Nähe von Schulen, Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen**. In den Wohngebieten installieren die Kämpfer Maschinengewehre und Granatwerfer auf den Dächern von Mehrparteienwohnhäusern, rüsten Feuerpunkte aus, was die Häuser örtlicher Einwohner zum Ziel macht. **Der Gegner nutzt die Bevölkerung als lebenden Schild.** Die Versuche der Bürger ihre Wohnungen zu verlassen, werden auf brutalste Weise unterbunden. Es gehen **Mitteilungen über Morde durch Nationalisten an Zivilisten** ein, die versuchen die Stadt zu verlassen, ebenso um Fahrzeuge zu erbeuten.
Seit Beginn der militärischen Spezialoperation betrugen die **Verluste des Gegners** nach vorläufigen Angaben:
54. mechanisierte Brigade - 39 Tote und 72 Verletzte;

53. mechanisierte Brigade – 125 Tote, darunter der Brigadekommandeur, sowie 67 Verletzte;
36. Marineinfanteriebrigade – 97 Tote und 128 Verletzte.
Außerdem wurden aus dem Bestand der 53. und 36. Brigade mehr als 70 Stück Militärtechnik vernichtet.
73 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der DVR übergegangen, 5 davon befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlung.
Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Sie können Ihr Leben bewahren, wenn sie freiwillig von der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen. Legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause!
Es lohnt sich nicht, ihr Leben für die käufliche ukrainische Regierung und die korrupten Generale zu riskieren.

10:18 de.rt.com: **Russland und Weißrussland von kommenden Paralympics in Peking ausgeschlossen**
Das Internationale Paralympische Komitee (IPC) teilte mit, dass Russland und Weißrussland wegen des Ukraine-Krieges nicht an den Winter-Paralympics in Peking teilnehmen dürfen. Die Spiele beginnen am Freitag.
Am Mittwoch hatte das Internationale Paralympische Komitee noch beschlossen, dass russische und weißrussische Athleten unter der IPC-Flagge antreten dürfen, ihre Ergebnisse würden in der inoffiziellen Medaillenwertung nicht berücksichtigt. Diese Entscheidung sorgte bei anderen Teilnehmern im Zusammenhang mit der eskalierenden Situation in der Ukraine für Unzufriedenheit.
Laut IPC hätten viele Nationale Paralympische Komitees damit gedroht, die Teilnahme an den Spielen in Peking zu verweigern, falls Russland und Weißrussland zugelassen werden. Der weltweite Druck hat die Verantwortlichen nun umdenken lassen. IPC-Chef Andrew Parsons sagte, in den letzten zwölf Stunden hätten sich sehr viele Teilnehmer mit dem Komitee in Verbindung gesetzt und gesagt, es würde schwerwiegende Auswirkungen auf die Paralympischen Spiele haben, falls die Verantwortlichen bei ihrer Entscheidung vom Mittwoch bleiben.
Die Sicherheit der Athleten sei für das IPC von größter Bedeutung, fuhr Parsons fort. Um die Integrität dieser Spiele und die Sicherheit aller Teilnehmer zu wahren, habe man die Entscheidung getroffen, Athleten aus Russland und Weißrussland die Registrierung zu verweigern.
Die Paralympics in Peking finden vom 4. bis 13. März statt.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/62206ded48fbef2cf02d3636.jpg

10:38 snanews.de: **Moskau kann sich die Gefahr eines direkten Angriffs von Kiew auf Russland nicht leisten – Lawrow**
Russland darf nicht eine vom Territorium der Ukraine ausgehende Gefahr eines direkten Angriffs auf sich zulassen. Diese Auffassung hat der russische Außenminister am Donnerstag geäußert.
„Wir können nicht länger zulassen, dass eine Gefahr eines direkten Angriffs auf Russland vom Territorium der Ukraine ausgeht“, sagte Lawrow in einem Interview mit russischen und ausländischen Medien.
Lawrow wurde unter anderem gefragt, ob er „die Welt beruhigen“ und bestätigen könne, dass Russland nicht als erstes Land Nuklearwaffen einsetzen würde.
Als Reaktion berief er sich auf die russische Militärdoktrin, die "keine Eskalation um der Deeskalation Willen" vorsehe. Zudem verwies der russische Außenminister darauf, dass das Thema „Atomkrieg“ hauptsächlich von westlichen Politikern ins Gespräch gebracht werde.
Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe behauptet, dass niemand es dem Bündnis verbieten könnte, Atomwaffen in Osteuropa zu stationieren, erinnerte Lawrow. Vor kurzem habe auch der US-Präsident Joe Biden geäußert, dass es der es der Dritte Weltkrieg sei, der als Alternative für die jüngsten gegen Russland verhängten Sanktionen gesehen werden könnte.
„Es ist jedermann klar, dass ein dritter Weltkrieg nur nuklear sein kann. Aber ich mache darauf aufmerksam, dass es die westlichen Politiker sind, die ständig an einen Atomkrieg denken, nicht aber die Russen“, sagte Lawrow.
„Ich versichere Ihnen also, dass wir nicht zulassen werden, dass irgendwelche Provokationen uns aus dem Gleichgewicht bringen. Aber wenn man beginnen sollte, einen tatsächlichen Krieg gegen uns zu entfesseln, dann ist es wohl Sache derjenigen, die darüber nachdenken, solche Pläne schmieden – und meiner Meinung nach werden solche Pläne von ihnen geschmiedet.“ …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/02/19/5534869_0:0:3192:1796_1920x0_80_0_0_a77fb9bc5cbafdf6ff7177f6bb671a29.jpg

11:15 de.rt.com: **Russlands Außenministerium: Donbass und Ukraine 2014-2022 – Die Gründe für den Militäreinsatz**
In einer Präsentation hat Russlands Außenministerium die Ereignisse in und um die Ukraine und den Donbass ab dem Kiewer Putsch im Frühjahr 2014 bis Februar 2022 zusammengefasst. Sie liefert die Gründe für die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine, die der deutsche Journalist Uli Gellermann als "Krieg gegen den Krieg" beschrieb.
Nach dem im Jahr 2014 von den Weststaaten provozierten und aktiv unterstützten blutigen Staatsstreich in der Ukraine folgte der im Frühjahr 2022 wieder entflammte Konflikt im Donbass. Als Ergebnis von Rechtlosigkeit und ungezügeltem Ultranationalismus, die sich im Rest des Landes einstellten. Infolge der Zersetzung der ukrainischen Gesellschaft und

Politiklandschaft über die vergangenen acht Jahre wurde das Land zu einem waschechten menschenverachtenden Failed State, der zudem offiziell und offen den Einstieg in den Atommächte-Klub anstrebt.
Diese Tatsachen sind dem westlichen Publikum gemeinhin wenig bekannt: Erstens, weil "aktiv versucht wurde, die Wahrheit zu verzerren und die reale Lage der Dinge im Lande hinter grundlosen Anschuldigungen zu verbergen", wie es in der Einleitung der Präsentation heißt.
Zweitens erfolgten einheitliche Lageerfassungen, ob durch den offiziellen Kreml oder durch russische Medien, lediglich im Kontext von Meldungen und Diskussion einzelner tagesaktueller Anlässe – oder aber in Dokumentarfilmen, die je nach Fokus der Regie ebenfalls thematische Prioritäten setzen und daher zwangsläufig ebenfalls nicht die komplette Sachlage darstellen können. Es gab auch nicht wenige Erklärungen der russischen Minister oder des Präsidenten Wladimir Putin, doch diese waren meist ebenso von einem oder einigen wenigen Themen auf der aktuellen politischen Tagesordnung bestimmt – und obendrein von den jeweils verfolgten Mitteilungszielen und (insbesondere bei den Diplomaten) den Gepflogenheiten des jeweiligen Tätigkeitsfelds geprägt. Selbiges trifft auch auf Veröffentlichungen und Erklärungen aus den nun frisch anerkannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken zu, deren Publikum zudem um ein Vielfaches kleiner ist.
Es gibt zudem das Internetportal "Tragödie des Donbass", wo die Republiken die Kriegsverbrechen des Kiewer Regimes im Donezkbecken nach und nach erfassen und eine virtuelle Gedenktafel mit einer Fotogalerie der Opfer und der Zerstörungen sowie Geschichten der Überlebenden und Angehörigen zusammentragen. Doch auch hier wird einerseits die Lage in der Restukraine oder auch um die Ukraine fokusbedingt ausgelassen. Andererseits wird der durchaus edle und für diese Art der Nekrolog-Internetseite richtige Anspruch der Totalität, auf dass kein Opfer vergessen wird, durch das Zusammentragen einzelner Geschichten realisiert. Es liefert also ebenfalls kaum einen Überblick.
Hier setzt die vom russischen Außenministerium zusammengestellte 46 Seiten fassende Präsentation an. Eingängig und in den Sprachen Russisch und Englisch zusammengestellt, hält sie die Tatsache fest, dass die Ukraine seit dem Euro-Maidan von 2014 nunmehr endgültig ein menschenverachtender Failed State ist und ein Sicherheitsrisiko für Russland (und das gesamte Europa) darstellt.
Hierbei wird in mehreren Dimensionen argumentiert. Es geht um die prominente Rolle von Neonazis ukrainischer und anderer Spielarten beim Staatsstreich, ebenso wie die hohen Posten, die im Anschluss an diesen im Staats- und Sicherheitsapparat und im Militär der Ukraine von Neonazis eingenommen wurden. Zudem skizziert der Bericht die Integration ganzer neonazistischer paramilitärischer Verbände in den Sicherheitsapparat des Landes
Eine weitere Argumentationsebene liefert die Erhebung der radikalnationalistischen und russophoben Ideologie dieser Erben von Nazikollaborateuren und Hilfswilligen aus dem Zweiten Weltkrieg zur quasioffiziellen Staatsideologie der Ukraine. Die Auswirkungen dieser Tatsache, nämlich harte Zensur bis hin zum Mord von Dissidenten unter Zuhilfenahme des Online-Prangers Mirotworez und harte Diskriminierung gegen weite Massen der Bevölkerung, bilden separate Kapitel.
Dargestellt werden auch die Verbrechen, die gegen die mit einem solchen Status quo Nichteinverstandenen begangen wurden. Ganz prominent die ermordeten Dissidenten (meist Politiker und Journalisten), insbesondere im Massaker von Odessa. Separat behandelt werden Opfer in den Regionen im Donbass, wo der Widerstand gegen den Staatsstreich nach den ersten Kriegsverbrechen der Kiewer Führung ein bewaffneter wurde. Die dort vom regulären ukrainischen Militär in Erfüllung verbrecherischer Befehle aus Kiew und von den "territorialen Bataillonen", sprich paramilitärischen Banden von Neonazis, aus Überzeugung begangenen Kriegsverbrechen werden skizziert.
Es werden Bilder einiger der Opfer gezeigt, darunter viele Kinder. Viele der Bilder sind derart

verstörend, dass man sie nicht in die Präsentation integrierte, sondern lediglich über QR-Codes verlinkte. Die Todesopfer im Donbass-Konflikt auf beiden Seiten belaufen sich laut dem UN-Kommissariat für Menschenrechte auf mehr als 14.000 Menschen. Davon mehr als 9.000 Angehörige und mindestens 152 Kinder aus den beiden Volksrepubliken.
Im Übrigen machen oben erwähnte QR-Codes die Präsentation gleichsam zu einer kleinen Bibliographie beziehungsweise einer Linkliste, mit deren Hilfe man den soeben gewonnenen Überblick zum Thema der Kriegsverbrechen noch erweitern kann.
Der erst latente, dann zunehmend offene und schließlich demonstrative Unwillen Kiews zur Umsetzung der eindeutigen und bindenden Minsker Abkommen, laut denen die ersten Schritte ein permanenter Waffenstillstand, eine Föderalisierung der Ukraine und die Rücknahme beziehungsweise der Ausschluss künftiger diskriminierender Gesetze waren, wird in einem separaten Abschnitt aufgezeigt.
Dieser Unwille fand Ausdruck erst in der zunehmenden Militarisierung des Landes mithilfe der NATO-Staaten und der NATO selbst. Dann kam es zur Verabschiedung immer absurderer diskriminierender Gesetze sowie zum massiven Zusammenzug schwerer Waffen zur Frontlinie der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, wo sie nach den Minsker Abkommen und gemäß den Vorschriften über den Waffenstillstand verboten sind. Der Zweck des Waffenaufgebotes offenbarte sich insbesondere im Februar 2022, als Artillerie- und Raketenbeschüsse ziviler Objekte und Wohngebiete der Republiken durch ukrainische bewaffnete Einheiten ebenso massiv zunahmen.
Das unbekömmliche Sahnehäubchen auf dieser giftigen Torte ist das von verschiedenen ukrainischen Politikern mehrfach und schließlich durch Präsident Selenskij selbst auf der Münchner Sicherheitskonferenz verlautbarte Streben der Kiewer Führung nach Nuklearwaffen. Diese Tatsache wurde trotz ihrer enormen Relevanz für die Sicherheitslage – ob aus russischer oder resteuropäischer Sicht – zumindest vor dem russischen Militäreinsatz kaum in den westlichen Mainstreammedien thematisiert. In der Präsentation wird erklärt, warum dieses Streben der sprichwörtliche Halm war, der dem Kamel den Rücken brach und Russland in der Ukraine militärisch einschreiten musste.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/62207fdc48fbef310a5ebea6.jpg

nachmittags:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin über die Organisation eines humanitären Korridors für die Einwohner von Mariupol, 3.3.22**
An alle friedlichen Bürger von Mariupol, die zeitweilig an einen sicheren Orten fahren wollen!
Die Streitkräfte der Russischen Föderation organisieren gemeinsam mit der Volksmiliz der

DVR einen humanitären Korridor und garantieren sicheren Verkehr auf der Route in östlicher Richtung auf der M23 Mariupol-Nowoasowsk.
Für alle Einwohner wird medizinische Behandlung und Versorgung mit dem Dringendsten gewährleistet und sie werden im weiteren auf das Territorium der Russischen Föderation begleitet.
Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass die Russische Föderation bereit ist, Bürger von Mariupol aufzunehmen und unterzubringen.

13:10 de.rt.com: **"Fliegt auf euren Besen ins All" – Russland stoppt Lieferungen von Raketentriebwerken in die USA**
Russland wird die USA nicht mehr mit Raketentriebwerken beliefern. Dies gab Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin bekannt. Er sagte:
"Wir haben heute beschlossen, die Lieferungen der Forschungs- und Produktionsvereinigung (NPO) Energomasch in die Vereinigten Staaten einzustellen."
In erster Linie geht es um das RD-180, das als Antrieb für die Atlas-5-Rakete dient, und das RD-181, das als erste Stufe der Antares-Rakete verwendet wird.
Rogosin fügte hinzu, dass auch die Wartung der 24 verbleibenden Triebwerke, die in den USA im Einsatz sind, eingestellt wird. Der Roskosmos-Chef erinnerte daran, dass seit Mitte der 1990er Jahre insgesamt 122 RD-180 an die USA geliefert worden seien. Rogosin forderte die USA außerdem auf, jetzt "auf ihre Besen ins All" zu fliegen. Er wies auch darauf hin, dass das Unternehmen Energomasch zum Bau von Dual-Use-Satelliten übergehen werde.
Im Gegenzug stimmte der Verwaltungsrat des britischen Telekommunikationsunternehmens OneWeb dafür, alle Starts von Baikonur aus auszusetzen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220acce48fbef339e0e9d0e.jpg

16:42 (14:41) rusvesna.su: **Die Rada billigte Selenskijs Dekret über die allgemeine Mobilmachung**
Heute haben die ukrainischen Abgeordneten auf einer Sitzung der Werchowna Rada das Dekret von Wolodymyr Selenskyj über die allgemeine Mobilmachung in der Ukraine gebilligt.
Das Parlament verabschiedete auch eine Reihe von Gesetzen, darunter über die Verstaatlichung russischen Eigentums.
Die Verantwortlichkeit für Vergehen nach dem Kriegsrecht wurde verschärft für Plünderung, Sabotage und Landesverrat droht nun lebenslange Haft.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_zelenskiy_1.jpg

Lug-info.com: **Die Zivilschutzkräfte des von der ukrainischen Besatzung befreiten Stschastje setzen ihre Arbeit in vollem Umfang fort.**
„Alle sind geblieben, absolut alle Mitarbeiter des Zivilschutzes. Niemand ist gegangen, alle sind geblieben. Aus Sewerodonezk können sie nicht hierher fahren. Ein paar sind dort geblieben, bis man da mit der Arbeit anfängt“, sagte der Mitarbeiter des Zivilschutz Witalij gegenüber LIZ.
Der Mann merkte an, dass alle seine Bekannten auch in der Stadt geblieben sind. Für die Einwohner haben die Zivilschutzkräfte eine Feldküche und warme Kascha und heiße Suppe gekocht.

14:55 de.rt.com: **Venezuelas Präsident Nicolás Maduro: "Es ist ein Verbrechen, was man dem russischen Volk antut"**
Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat die westlichen Sanktionen gegen Russland scharf verurteilt. Er bezeichnete die Strafmaßnahmen, darunter im Bankwesen, als Verbrechen gegen das russische Volk. Maduro plädierte für diplomatische Auswege aus der Krise.
Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs hat der venezolanische Präsident Nicolás Maduro am 2. März die gegen Russland verhängten Sanktionen als Wirtschaftskrieg verurteilt. Der südamerikanische Politiker bezeichnete die Strafmaßnahmen, darunter den Ausschluss von sieben russischen Banken aus dem Netzwerk SWIFT, als Verbrechen gegen das russische Volk. In einem Fernsehauftritt am Mittwoch sagte er:
"Schauen Sie, was man mit Russland macht. Es ist ein Verbrechen, was man dem russischen Volk antut, ein Wirtschaftskrieg."
Maduro bemängelte unter anderem, dass der Westen den Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt und fast alle Handelskontakte gekappt hat. Es sei verrückt, was man mit einer der größten Mächte des 21. Jahrhunderts macht.
Der venezolanische Staatschef äußerte die Meinung, dass Kriege heutzutage nicht militärisch, sondern wirtschaftlich geführt würden. Dazu gehöre der Missbrauch des US-Dollars und des Finanzsystems durch die USA und Europa, um anderen Ländern zu schaden und die Welt zu erpressen.
Maduro fügte hinzu, dass sein Land diesen wirtschaftlichen Kriegsmodus des "nordamerikanischen Imperialismus" nicht vom Hörensagen kenne. Er forderte diplomatische und politische Lösungen in zwischenstaatlichen Konflikten. Denn Sanktionen würden nur der Zivilbevölkerung schaden und ihre Lebensqualität beeinträchtigen.
"Die Wirtschaftskriege müssen aufhören und zu Ende gehen."
In diesem Zusammenhang erklärte Maduro, dass Caracas die Handelsbeziehungen zu Moskau in vollem Umfang aufrechterhalten werde. Das russische Volk habe das Recht auf

wirtschaftliche Freiheit ohne Blockaden.

Manipulationen und Zensur

Der venezolanische Staatschef gab auch Einzelheiten seines Telefonats mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Vortag bekannt. Demnach hätten sie über die Ähnlichkeit der Zwangsmaßnahmen gegen Moskau und Caracas und über "sprachliche Manipulationen im medialen Krieg" gesprochen.

"Auch wir werden mit dem brutalen medialen Krieg mit seinen Lügen und tendenziösen Kampagnen konfrontiert und kämpfen dagegen."

Maduro hob hervor, dass die antirussische Kampagne immer mehr fremdenfeindliche Züge annehme, weil die öffentliche Meinung manipuliert werde. Insbesondere verurteilte der venezolanische Staatschef die Berichterstattung in den spanischen Medien.

"Es ist wirklich ekelhaft und widerlich, wie das Fernsehen und die Presse in Spanien den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine behandeln, indem sie sich den Interessen des US-Imperiums fügen und davor niederknien und kriechen."

Die NATO und die USA hätten Russland eingekreist und einen äußerst gefährlichen Konflikt provoziert, erklärte Maduro. Er setzte sich für Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew ein und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Gespräche in Weißrussland den Frieden in der Region wiederherstellen werden.

Kampagne gegen RT und Sputnik

Auch die mediale Kampagne gegen die russischen Auslandsmedien RT und Sputnik kritisierte Maduro aufs Schärfste. Die Zensur, die man gegen die beiden Sender ausübe, sei auf die Angst vor der Wahrheit in den USA und in der EU zurückzuführen. Sie hätten Angst davor, dass ihre Bürger eine kritische Meinung gegenüber den Geschehnissen entwickeln könnten.

Gleichzeitig verkündete der venezolanische Präsident eine neue geopolitische Ära, die trotz der hysterischen und unverhältnismäßigen Antwort der USA und der EU vor der Tür stehe. Washington und Brüssel weigerten sich aber bislang, dies einzusehen. Sie versuchten weiterhin, mit der Erpressung durch den Dollar und das Finanzsystem eine unipolare Welt durchzusetzen. Die multipolare Welt sei aber schon da.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/62209f0db480cc7fc919f25f.jpg

Dnronline.su: D**as Oberhaupt der DVR Denis Puschilin sprech über die Organisation eines humanitären Korridors für die Einwohner Mariupols, wie die Ukraine von Seiten westlicher Länder zur Verlängerung der Kampfhandlungen getrieben wird und die derzeitige Situation in der Republik.**

Nach seinen Worten befreien die Soldaten weiter Ortschaften, der Ring um Mariupol ziehe sich zusammen, aber alles werde dadurch erschwert, dass die Nationalisten sich hinter der Zivilbevölkerung verstecken.

„Wir bemühen uns in jeglicher Weise, der Zivilbevölkerung zu ermöglichen, einen

humanitären Korridor zu nutzen“, sagte Denis Puschilin und erläuterte, dass dieser von den Streitkräften der RF und der DVR organisiert wird.
„Wir unsererseits bringen ein Maximum an Anstrengungen ein, damit die Sicherheit garantiert ist. Das ist das Wichtigste. Aber die Nationalisten behindern das in jeglicher Weise“, stellte das Staatsoberhaupt fest.
Zur heutigen Erklärung der Kiewer Regierung über die Ankunft von 16.000 Söldnern und NATO-Waffen auf dem Territorium der Ukraine erklärte Denis Puschilin, dass der Westen damit die Ukraine zur Fortsetzung der Kriegshandlungen treibe.
„Das sind die Ursachen, die es verhindern, dass sich die Situation vollständig in Richtung Frieden und auf den Verhandlungsweg entwickelt. Im Grunde treibt der Westen das ukrainische Regime dazu, dass es die Kriegshandlungen nicht einstellt. Und wie kann man das interpretieren? Gerade deswegen, weil in den letzten Monaten so viele Waffen an Kiew geliefert wurden, die dann in den Donbass verlegt wurden, gibt es jetzt diesen Beschuss“, sagte Denis Puschilin.
Er merkte an, dass in den letzten 24 Stunden in der DVR ein relativer Rückgang der Intensität des Beschusses zu beobachten ist, aber dabei nimmt der Einsatz schwerer Waffen von Seiten der BFU auf Städte und Bezirke der Republik zu.
„Diese Waffen haben eine ziemlich starke Wirkung. Erst vor ein paar Stunden waren wieder Gorlowka und der Kiewskij-Bezirk von Donezk unter Beschuss“ sagte das Staatsoberhaupt.
Er erklärte, dass beim Beschuss vor Gorlowka vier Zivilisten verletzt wurden, darunter zwei Kinder.
„Das sind Folgen dieser Politik des Westens in Bezug auf den Konflikt, die wir jetzt sehen“, schloss er.
Wir wissen sehr gut, dass die Operation zur Befreiung solange weitergehen muss, bis die vom Präsidenten der RF benannten Ziele erreicht sind“, fasste Denis Puschilin zusammen.

17:10 (15:10) rusvesna.su: **Tschetschenische Spezialeinheiten besiegten ein Nationalistenbataiilon und eroberten eine der größten Militärbasen der Ukraine**
Der Republikchef Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, berichtete über die Niederlage eines Nazi-Bataillons durch tschetschenische Spezialeinheiten und die Übernahme der Kontrolle über eine große Militärbasis in der Ukraine
Hussein Meshidow, Kommandant der Spezialeinheiten, berichtete vor Ort über den Erfolg.
„Tschetschenische Spezialeinheiten unter der Führung von Kommandant Hussein Meshidow erzielen weiterhin Erfolge bei Offensivoperationen gegen Banderisten. Beim bloßen Erscheinen unserer Kämpfer rennen ganze Regimenter von Nazis davon, falls sie dazu noch Zeit haben“, sagte das Oberhauptvon Tschetschenien.
Auf dem veröffentlichten Filmmaterial sagte Hussein, dass „über 2.500 Banderisten ohne Widerstand geflohen sind“.
In den Lagern auf dem Territorium der eroberten Basis wurden nicht nur große Mengen Waffen, Munition, Munition, sondern auch moderne gepanzerte Fahrzeuge gefunden. Der Trophäenpark der russischen Soldaten hat jetzt sieben Panzer, 12 gepanzerte Mannschaftstransporter BTR, TIGER und Artillerie-Ausrüstung.
„Aber das ist nichts im Vergleich zu der entschiedenen Haltung der Spezialeinheiten. Die Jungs stürmen nach vorne - nach Kiew und brennen vor Verlangen, den Bandera-Leuten volkstümlich zu erklären, dass sie hier keine Herren mehr sind. Ich bin sicher, dass sie das tun werden. Es gibt für alles eine Zeit“, schloss Kadyrow.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kadyrov_avtomat_0.jpg

16:25 de.rt.com: **Hilfe bei Mobbing: Russische Botschaft in Deutschland richtet Kontaktadresse für Landsleute ein**

Da Berichten zufolge im Ausland lebende russische Staatsbürger immer häufiger verfolgt und angegriffen werden, wandte sich die russische Botschaft in Deutschland an alle Landsleute. Aufgrund einer starken Zunahme der Verfolgung russischsprachiger Bürger im Ausland hat die russische Botschaft in Deutschland eine Kontaktadresse für alle Betroffenen eingerichtet, die gemobbt, belästigt, bedroht oder körperlich angegriffen werden. Alle Vorfälle sollten unverzüglich an die E-Mail-Adresse sos@russische-botschaft.de gemeldet werden, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite der Botschaft.

Der russische Menschenrechtsrat zeigte sich in den vergangenen Tagen besorgt über die zunehmende antirussische Rhetorik und Demütigungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine. Zahlreiche Bürger würden belästigt und diskriminiert, nur weil sie Russisch sprechen oder Bürger der Russischen Föderation seien. Mitglieder des Rates forderten die europäischen Menschenrechtsverteidiger auf, unverzüglich auf alle Vorfälle zu reagieren.

Auch das russische Bildungswesen reagierte bereits: Nachdem bekannt geworden war, dass einige europäische Universitäten russische Studenten diskriminieren oder gar exmatrikulieren, teilte das russische Bildungsministerium mit, dass alle Studierenden nach Russland zurückkehren und ihr Studium an den führenden Universitäten des Landes fortsetzen können.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220dddbb480cc32ba3714f4.jpg

16:52 de.rt.com: **Druck auf Medien: Radiosender Echo Moskwy aufgelöst, Doschd stellt Arbeit vorübergehend ein**

Künftig wird es in Russland weniger kritische Medien geben. Der Radiosender Echo Moskwy wurde am Donnerstag aufgelöst. Auch der TV-Sender Doschd wird seine Arbeit vorübergehend einstellen. Sein Chefredakteur teilte mit, dass er Russland vorläufig verlasse.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wurden in Russland mehrere unabhängige Medien blockiert. Unter anderem der Radiosender Echo Moskwy, der mehr als 30 Jahre lang zu den kritischen Berichterstattern zählte. Der Verwaltungsrat habe entschieden, den Sender und seine Internetseite zu schließen, teilte Chefredakteur Alexei Wenediktow am Donnerstag mit. Die Schließung löste breites Entsetzen aus. Einige Mitarbeiter beschlossen, weiterhin auf YouTube zu senden.

Bereits am Dienstag hatte die russische Medienaufsichtsbehörde den Zugang zur Internetseite von Echo Moskwy auf Verlangen der Generalstaatsanwaltschaft eingeschränkt. Kurz darauf funktionierte auch die Radioübertragung nicht mehr. Laut der Behörde habe der Sender falsche Informationen über die Handlungen der russischen Armee verbreitet.

Da die Medienaufsichtsbehörde auch die Online-Präsenz eines weiteren Senders, des TV-Senders Doschd, blockiert hatte, beschloss der Chefredakteur Tichon Dsjadko, Russland vorläufig zu verlassen. Auf Telegram erklärte er:

„Nach der rechtswidrigen Blockierung der Internetseite von Doschd, des Doschd-Accounts in einer Reihe sozialer Netzwerke und Drohungen gegen einige Mitarbeiter ist es klar, dass die persönliche Sicherheit von einigen von uns in Gefahr ist."

Die Redaktion von Doschd (auf Deutsch: "Regen") werde gegen alle Entscheidungen Berufung einlegen, erklärte Dsjadko. Die Ausstrahlung aus einem anderen Land sei nicht geplant.

Natalja Sindejewa, die Gründerin von Doschd, sagte zum Portal Medusa, dass die Redaktion eine Schließung erwartet habe. Doch auch wie bei der Eintragung ins Register ausländischer Agenten sei es unmöglich gewesen, sich darauf vorzubereiten. "Es ist nie möglich, auf einen schlechten Plan vorbereitet zu sein", sagte sie.

Am Donnerstagabend teilte Sindejewa mit, dass der Fernsehsender Doschd seine Arbeit vorübergehend einstellt. Das Gesetz zur Verbreitung von "Falschmeldungen" über die Handlungen des russischen Militärs mache den Job praktisch unmöglich. "Wir brauchen Kraft und Zeit zum Verschnaufen, um zu verstehen, wie wir weiterarbeiten können", hieß es in einer Live-Ausstrahlung. Viele Mitarbeiter haben sich der Übertragung bereits aus dem Ausland zugeschaltet.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220aa9248fbef301f583f6f.jpg

16:56 snanews.de: **Nach EU-Verbot: Sputnik stellt Tätigkeit in Deutschland, Spanien, Frankreich und Griechenland ein**

Ab 3. März 2022 stellen die internationale Nachrichtenagentur und der Radiosender Sputnik, denen auch SNA angehört, in vier Ländern der Europäischen Union - Spanien, Frankreich, Deutschland und Griechenland - ihre Arbeit auf Webseiten, im Rundfunk und in den internationalen sozialen Medien ein.

Am vergangenen Mittwoch hat die EU die Verbreitung der russischen Staatsmedien RT und Sputnik auf ihrem Territorium verboten. Die Strafmaßnahme betrifft alle Verbreitungswege von RT Sputnik in der EU, etwa per Kabel, Satellit oder Internet.

In der abschließenden Ansprache an ihr Publikum betonten die betroffenen Redaktionen von Sputnik, sie seien zu dieser Entscheidung von den europäischen Behörden gezwungen worden, die „seit Jahren mit aller Macht versuchen, eine andere Sichtweise auszurotten, die sich von ihrer eigenen unterscheidet“:

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir aufgrund von Umständen, die sich unserer Kontrolle entziehen, unsere Tätigkeit in Deutschland und Österreich einstellen müssen.

Dies ist nicht unsere Entscheidung – wir werden dazu von den europäischen Behörden gezwungen, die seit Jahren mit aller Macht versuchen, eine andere Sichtweise auszurotten, die sich von ihrer eigenen unterscheidet.

Wir waren immer ehrlich zu unseren Leserinnen und Lesern und haben darüber berichtet, worüber unsere Kollegen nicht geschrieben haben.

Wir möchten uns bei allen Journalisten und Experten bedanken, die im Laufe all der Jahre mit uns zusammengearbeitet haben. Und vor allem danken wir Ihnen, unseren lieben Leserinnen und Lesern, dafür, dass die Meinungsfreiheit für Sie kein leeres Wort ist, sondern ein Lebensprinzip.

In den sozialen Netzwerken werden wir aber auch weiter aktiv sein! Wenn Sie auch weiter bei SNA bleiben möchten, treten Sie unserem Telegram-Kanal bei https://t.me/snanews_de und abonnieren Sie SNA bei Odysee https://odysee.com/@SNA:a.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5092832_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2dd07237315bc14a19d1586013e7cf7b.jpg

17:22 t.me/rt_de: **Ukraine-Krieg: USA erwägen Sanktionen gegen Indien**
Die Biden-Administration erwägt, Sanktionen gegen Indien zu verhängen, weil das Land über einen großen Vorrat an russischer Militärausrüstung verfügt und auf diese angewiesen ist. Dies ist Teil der weitreichenden Sanktionen, die der Westen wegen des Einmarsches in die Ukraine gegen Moskau durchzusetzen versucht.
Donald Lu, der stellvertretende Staatssekretär für südasiatische Angelegenheiten, sagte am Donnerstag, dass die Regierung abwägt, wie bedrohlich Indiens historisch enge militärische Beziehung zu Russland für die Sicherheit der USA sei.

19:36 (17:36) sputnik.by: **Der Westen versucht, den russischen Staat zu zerstören – Naryschkin**
Geheimdienstdaten deuten darauf hin, dass die Ukraine unter Beibehaltung ihres technischen Potenzials an der Schaffung von Atomwaffen arbeitete.
Das aktuelle Ziel der westlichen Länder sei es, Russland zu zerstören, sagte Sergej Naryschkin, Direktor des Auslandsgeheimdienstes (SwR) der Russischen Föderation, am Donnerstag.
„Die Masken wurden fallen gelassen. Der Westen versucht nicht nur, Russland mit einem neuen Eisernen Vorhang zu umgeben. Wir sprechen von Versuchen, unseren Staat zu zerstören – seine „Abschaffung“, wie sie jetzt in „toleranter“ Liberal-Faschistensprache sagen", sagte Naryshkin, seine Worte werden auf der SwR-Website zitiert.
Nuklearwaffen
Wie Naryschkin feststellte, weisen die SWR-Daten darauf hin, dass die Ukraine an der Schaffung ihrer eigenen Atomwaffen arbeitete.
„Laut den Daten, die dem SWR vorliegen, wurde in der Ukraine in diese Richtung gearbeitet“, sagte der Direktor des Auslandsgeheimdienstes.
Er fügte hinzu, dass die Ukraine nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums über das technische Potenzial zur Herstellung von Atomwaffen verfüge und das Land viel mehr Möglichkeiten dafür hae als Nordkorea oder der Iran.
Rolle Washingtons
Nach Angaben des Naryschkins liegen dem Geheimdienst auch Informationen vor, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit dem ihnen unterstellten Kiewer Regime den Ukraine-Konflikt so weit wie möglich hinauszögern wollen, bis hin zu einer Verlagerung in einen Stellungskrieg.
„Schon heute ist deutlich erkennbar, auch aus den uns vorliegenden

Geheimdienstinformationen, dass die amerikanische Regierung und das ihr hörige ukrainische Regime auf die maximale Verlängerung des Konflikts, seine Entwicklung zu einem Stellungskrieg hoher Intensität setzen“, sagte Naryschkin.
Wie der Leiter des Auslandsgeheimdienstes betonte, werden bewaffnete Gruppen aus dem Westen in die Ukraine geschickt, um den sogenannten Partisanen-Untergrund zu organisieren und zu unterstützen. Waffen werden massiv an Ukrainer verteilt.
„Jeder, der sich mit Militärangelegenheiten auskennt, versteht, dass es in der Konfrontation mit der regulären Armee nutzlos ist, aber es ist perfekt für Plünderer und Halsabschneider, die Zivilisten ausrauben und terrorisieren und ihre Evakuierung in sichere Gebiete verhindern“, ist sich Naryschkin sicher.
Neutraler Status
Der neutrale Status der Ukraine, so Naryschkin, sei für Russland von entscheidender Bedeutung, was auch im Westen verstanden werde.
„Dies ist die territoriale Mindestbarriere, die unser Land braucht, um Angriffe aus dem Westen abzuwehren. Amerikanische und NATO-Experten verstehen das sehr gut, und deshalb haben sie die Ukraine in einer Situation, in der Russland die schwächelnde amerikanische Hegemonie herausgefordert hat, so heftig angegriffen.“ betonte der Direktor des Auslandsgeheimdienstes. …

https://cdnn11.img.sputnik.by/img/102232/38/1022323882_0:184:2985:1863_1920x0_80_0_0_f31e287759720cf358d6c3f762a7e186.jpg

abends:

20:15 (18:15) sputnik.by: **Das Verteidigungsministerium kündigte die Zerschlagung der wichtigsten Gruppierungen von Nationalisten an**
Laut dem offiziellen Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkov, entwickelten die DVR- und LVR-Gruppierungen mit Unterstützung der russischen Armee eine Offensive und eroberten eine Reihe von Siedlungen.
„Die Gruppierung der Truppen der Volksrepublik Lugansk setzte mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte die Offensivoperationen fort und übernahm die Kontrolle über die Straße Richtung Jarowaja – Krasny Liman-Priwolje. Die Einheiten der Streitkräfte der Volksrepublik Donezk führten aus erfolgreiche Offensivoperationen, rückten 8 Kilometer vor und übernahmen die Kontrolle über die Siedlungen Nowokrasowka und Krasnowka", sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums.
Er stellte fest, dass ausländische Söldner bereits auf dem Territorium der Ukraine aufgetaucht sind, darunter auch der US-Militärgeheimdienst, der Söldner auffordert, auf ukrainisches Territorium zu gehen.
Konaschenkov warnte Ausländer - es ist besser, mehrmals nachzudenken, bevor man in der

Ukraine kämpft. Ihm zufolge haben alle ausländischen Söldner keinen Anspruch auf Kriegsgefangenschaft.
„Ich möchte offiziell betonen, dass alle vom Westen entsandten Söldner, die dem nationalistischen Regime in Kiew helfen, keine Kombattanten im Sinne des humanitären Völkerrechts sind“, betonte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums.

https://cdnn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/03/1061044572_0:0:1672:941_436x0_80_0_0_5e11535792cc15c8dbc6afbe6aefcede.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 20:00 Uhr am 3.3.22**
Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.
Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **23-mal das Feuer** auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik.
Infolge der ukrainischen Aggression gibt es **Opfer unter der Zivilbevölkerung. Ein Zivilist starb, sieben wurden verletzt, darunter drei Kinder.** 12 Wohnhäuser wurden beschädigt, ein Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug.
Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.
Die Einheiten der Volksmiliz der DVR setzen die **Maßnahmen zur Befreiung der Ortschaften der Donezker Volksrepublik** von ukrainischen Besatzern fort. Im Ergebnis erfolgreicher Handlungen wurde s**eit Beginn der Operation die Kontrolle über 36 Ortschaften wiederhergestellt**. Es erfolgen Maßnahmen zur Befreiung der Städte Wolnowacha und Mariupol von ukrainischen Nationalisten.
Nach Informationen von örtlichen Einwohnern in Dsershinsk, Konstantinowka und Drushkowka **richten ukrainische Faschisten** aus den Einheiten des „Rechten Sektors“ und der Nationalgarde der Ukraine **Feuerstellungen auf Dächern von Mehrparteienwohnhäusern ein**. Unter Nutzung der Erfahrung der Strafbataillons der SS-Division „Galitschina“, versteckt sich die „mächtige“ ukrainische Armee hinter dem Rücken friedlicher Bürger, schießt mit Artillerie aus Häusern und Schulen. **Mit jeder befreiten Ortschaft werden wir Zeugen der Kriegsverbrechen, die die abziehenden ukrainische Nationalisten begehen.**
Die Reste der Einheiten der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Bataillone hinterlassen Waffen, Technik und ihre Positionen. In den Ortschaften, die sie zu verlassen haben, werden friedliche Einwohner ausgeplündert, die Abziehenden nehmen Autos, Zivilkleidung mit, um unter dem Anschein von Zivilisten zu

versuchen, in die zentralen Bezirke der Ukraine kommen.
Wie wir die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mehrfach gewarnt haben, lassen ihre Kommandeure sie bei der ersten Möglichkeit im Stich, wie das schon bei Debalzewo, Iswarino und Ilowajsk war. Soldaten der 53. mechaniserten Brigade, der 36. Marineinfanteriebrigade und der 55. Artilleriebrigade, die freiwillig die Waffen niedergelegt haben, bestätigen die Fälle von Verrat von Seiten ihres Kommandos.
Seit Beginn der militärischen Spezialoperation betrugen die **Verluste des Gegners** nach vorläufigen Angaben:
54. mechanisierte Brigade - 41 Tote und 77 Verletzte;
53. mechanisierte Brigade – 127 Tote, darunter der Brigadekommandeur, sowie 72 Verletzte;
36. Marineinfanteriebrigade – 103 Tote und 129 Verletzte.
Außerdem wurden aus dem Bestand der 53. und 36. Brigade mehr als 76 Stück Militärtechnik vernichtet.
76 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der DVR übergegangen, 5 davon befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlung.
Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Sie können Ihr Leben bewahren, wenn sie freiwillig von der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen. Legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause!
Es lohnt sich nicht, ihr Leben für die käufliche ukrainische Regierung und die korrupten Generale zu riskieren.

18:31 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium bildet humanitäre Konvois für ukrainische Bevölkerung**
Das russische Verteidigungsministerium kündigt die Bildung humanitärer Konvois an, um der Bevölkerung der Ukraine zu helfen. Russland hat dafür auch angeboten, auf seinen Flugplätzen ausländische Flugzeuge für die Evakuierung ihrer Bürger zu empfangen.
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben sich Großbritannien, Italien, China, Polen, Frankreich, Japan und andere Länder an Russland gewandt, um Hilfe bei der Evakuierung ihrer Staatsangehörigen zu erhalten.
Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Zentrums für das Management von Verteidigungsfragen, gab in diesem Zusammenhang bekannt, dass Russland angeboten hat, ausländische Flugzeuge auf seinen Flugplätzen zu empfangen, um eine reibungslose Evakuierung ausländischer Bürger aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet zu ermöglichen.
Des Weiteren informierte Misinzew:
"Heute haben die russischen Streitkräfte bereits die gefahrlose Evakuierung von UN-Personal aus Kiew sowie von Mitarbeitern der griechischen Botschaft aus Mariupol sichergestellt. Auch Mitarbeiter der OSZE wurden am Dienstag sicher von Donezk nach Rostow am Don verbracht."
Das russische Verteidigungsministerium habe ein Zentrum für humanitäre Hilfe eingerichtet, das rund um die Uhr arbeite.
Die russischen Behörden organisieren die Versorgung der von der Militäroperation betroffenen ukrainischen Bevölkerung mit humanitären Gütern. Die Streitkräfte sind bereit, die Sicherheit der humanitären Korridore zu gewährleisten, falls Kiew ihre Einrichtung akzeptiert, erklärte das russische Verteidigungsministerium.
"Es wurden Konvois mit humanitärer Fracht für die Bevölkerung der Ukraine gebildet. Es handelt sich um Lebensmittel, Baumaterialien, Medikamente und andere wesentlichen Güter. Die Regierungsstellen der russischen Territorien haben bereits 10.500 Tonnen humanitärer Fracht vorbereitet", sagte Michail Misinzew.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/original/6220a98548fbef309a57abbc.jpg

Freiwillige vor Lastwagen mit humanitärer Hilfe für evakuierte Donbass-Bewohner in Rostow am Don am 22. Februar 2022 - Maksim Blinov / Sputnik

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/original/6220a8a4b480cc65364abc8c.jpg

Freiwillige und Mitarbeiter des russischen Katastrophenschutzministeriums organisieren das Einladen von humanitärer Hilfe für Evakuierte aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 22. Februar 2022 an der Staatlichen Technischen Universität Donskoj in Rostow am Don, Russland.Maksim Bogodvid / Sputnik

Der Militärbeamte gab an, dass am Mittwoch ein humanitärer Konvoi von der Krim in mehreren Städten in der Südukraine eingetroffen ist. Er ist Teil der Konvois, die aus den Provinzen Belgorod, Brjansk, Woronesch, Kursk und Rostow abfahren werden.

"Keiner der Einwohner der Ukraine, die sich in den von den russischen Streitkräften sowie von den Militäreinheiten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kontrollierten Gebieten aufhalten, werden ohne Nahrung, Wasser oder lebenswichtige Produkte zurückgelassen", sagte er.

Der Vertreter wies darauf hin, dass die Streitkräfte die operative Zusammenarbeit der Vereinten Nationen, der OSZE und der Verteidigungsorganisationen für die Lösung humanitärer Probleme in der Ukraine erwarten.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220d76c48fbef301f583fbd.jpg

20:33 (18:33) sputnik.by: **Putin sprach über den Verlauf der Spezialoperation in der Ukraine**
Nach Angaben des russischen Präsidenten schreitet die Operation derzeit planmäßig voran.
Die in der Ukraine durchgeführte Spezialoperation verlaufe streng nach Plan, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei einer Sitzung des Sicherheitsrates.
"Die militärische Sonderoperation verläuft streng nach Zeitplan und nach Plan. Alle gestellten Aufgaben werden erfolgreich gelöst", sagte er.
Laut Putin handeln russische Soldaten und Offiziere mutig und manchmal wie echte Helden bei der Erfüllung ihrer zugewiesenen Aufgaben.
„Unsere Soldaten kämpfen standhaft, mit vollem Verständnis für die Richtigkeit ihrer Sache, selbst wenn sie verwundet wurden, bleiben Soldaten und Offiziere in den Reihen und opfern sich selbst, ihr Leben“, sagte der russische Führer.
Er bemerkte, dass sowohl russische Soldaten als auch die Donbass-Miliz während der Kämpfe Massenheldentum zeigten.
Laut dem Präsidenten der Russischen Föderation haben russische Soldaten Korridore bereitgestellt, damit Zivilisten die Orte der Feindseligkeiten verlassen können, aber die Nationalisten ließen dies nicht zu.
„Unsere Soldaten haben ausnahmslos in allen Kollisionszonen Korridore bereitgestellt, Transportmittel bereitgestellt, damit Zivilisten und ausländische Bürger die Möglichkeit haben, sich an einen sicheren Ort zu begeben. Ich betone noch einmal: Die Nationalisten lassen dies nicht zu“, sagte er.
Ein Volk
Bei dem Treffen betonte Putin auch, dass er immer noch glaube, dass Russen und Ukrainer ein Volk seien.
„Ich werde niemals meine Überzeugung aufgeben, dass Russen und Ukrainer ein Volk sind, auch wenn einige Einwohner der Ukraine eingeschüchtert wurden, viele von der nationalistischen Nazi-Propaganda hinters Licht geführt wurden und mancher natürlich bewusst den Weg von Bandera gegangen ist, andere sind Nazi-Handlanger", sagte er.
Russische Spezialoperation in der Ukraine
Russland hatte am Donnerstag, dem 24. Februar, am frühen Morgen eine Militäroperation in der Ukraine gestartet. Präsident Wladimir Putin nannte als Ziel „den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren Mobbing und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind“.
Dafür, so der russische Präsident, sei geplant, die „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ durchzuführen, um alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, die für „blutige

Verbrechen gegen Zivilisten“ im Donbass verantwortlich sind.
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden bis zum 2. März 498 russische Soldaten getötet und 1.597 während der Spezialoperation verwundet. Auf ukrainischer Seite sind die Verluste nach Angaben des russischen Militärministeriums um ein Vielfaches höher: mehr als 2870 Tote und etwa 3700 Verwundete.

https://cdnn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/03/1061045323_0:119:3221:1931_436x0_80_0_0_e518b9d71721a39951440bf327aba96d.jpg

20:35 (18:35) sputnik.by: **Zweite Runde der russisch-ukrainischen Gespräche abgeschlossen**
Die zweite Runde der russisch-ukrainischen Gespräche ist abgeschlossen, berichtet Sputnik. Die Verhandlungen begannen um 17:50 Uhr. Vor Beginn des Treffens gaben sich die Teilnehmer die Hand.
Verständigung zu einen Teil der Punkte
Nach Abschluss der zweiten Runde sagte der Leiter der russischen Delegation bei den Gesprächen, Wladimir Medinskij, dass es den Parteien gelungen sei, eine Einigung in einer Reihe von Fragen zu erzielen. Gleichzeitig diskutierten die Parteien alle drei Themenblöcke, über die Moskau sprach.
„Die militärische Frage, die humanitäre Frage, und die dritte ist die Frage der zukünftigen politischen Lösung des Konflikts“, sagte Medinski.
Keine „richtigen“ Ergebnisse
Wie der Berater des Leiters des Präsidialamts der Ukraine, Mchail Podoljak, nach Abschluss der zweiten Verhandlungsrunde sagte, hat die ukrainische Seite nicht die erhofften Ergebnisse erreicht, aber bestätigt, dass es bestimmte Vereinbarungen gibt.
„Leider haben wir nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt. Ich kann nur sagen, dass wir den humanitären Aspekt ausführlich genug besprochen haben, denn jetzt sind ziemlich viele Städte umzingelt, es gibt eine dramatische Situation mit Lebensmitteln und Medikamenten.“ sagte er.Podoljak.
Waffenstillstand für die Evakuierung
Er stellte fest, dass die Parteien eine Einigung über die gemeinsame Bereitstellung von humanitären Korridoren für die Evakuierung von Zivilisten erzielt haben und dass für die Zeit, in der die Zivilbevölkerung evakuiert wird, ein Waffenstillstand möglich ist.
„Die Parteien haben sich über die gemeinsame Bereitstellung humanitärer Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung sowie für die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten an die Orte der heftigsten Kämpfe verständigt, mit der Möglichkeit eines vorübergehenden Waffenstillstands für die Zeitraum, in dem die Evakuierung in den Sektoren durchgeführt wird, in denen sie stattfindet", fügte Podoljak hinzu.
Die Parteien vereinbarten eine Interaktion über spezielle Kommunikationswege und die Gestaltung geeigneter Logistikverfahren.
Die Verhandlungsführer waren sich einig, dass die dritte Verhandlungsrunde in sehr naher Zukunft stattfinden soll.

Gleichzeitig erklärte das ukrainische Außenministerium, dass die Delegation des Landes an einem Waffenstillstand und der Schaffung humanitärer Korridore arbeiten werde, es sei zu früh, um die Ergebnisse vorherzusagen. Der Außenminister der Ukraine, Dmitri Kuleba, stellte gesondert fest, dass Kiew keine Zugeständnisse in Fragen der territorialen Integrität machen werde.
Wir erinnern daran, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow am Vortag die Themen der bevorstehenden Verhandlungen umriss und sagte, dass die LVR und die DVR innerhalb der Grenzen der Regionen Donezk und Lugansk anerkannt werden sollten.
Früher am Donnerstag sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron , dass eine Verzögerung der Verhandlungen nur zu neuen Moskauer Forderungen an Kiew führen könne.
Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine
Das erste Treffen der Delegationen beider Länder fand am 28. Februar an der ukrainisch-belarussischen Grenze in der Region Gomel statt. Es dauerte etwa fünf Stunden, dann gaben die Parteien kurze Erklärungen ab und reisten zu Beratungen in ihre Hauptstädte.
Die zweite Verhandlungsrunde sollte auf Wunsch der ukrainischen Seite an einem neuen Standort stattfinden – an der belarussisch-polnischen Grenze, im Raum Beloweshskaja Puschtscha. Das Treffen sollte ursprünglich am Abend des 2. März stattfinden, später wurde jedoch bekannt, dass es auf Donnerstagmorgen verschoben wurde: Die ukrainische Delegation hat eine schwierige Logistik und war daher nicht rechtzeitig zu den Verhandlungen eingetroffen.

https://cdnn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/03/1061042342_0:212:2048:1364_1920x0_80_0_0_867f6c2c68e10bffa6523768f13d1cc5.jpg

19:16 de.rt.com: **USA betrachten Staaten mit neutraler Haltung zum Ukraine-Konflikt als "im Lager Russlands"**
Die USA haben ein diplomatisches Telegramm zurückgerufen, in dem sie ihre Gesandten anwiesen, ihren Kollegen aus Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten mitzuteilen, dass ihre Länder aufgrund ihrer neutralen Haltung im Ukraine-Konflikt "im Lager Russlands" stünden.
Das US-Außenministerium hatte das als "sensibel, aber nicht geheim" eingestufte Telegramm am Montag an US-amerikanische Botschaften in fast 50 Ländern weitergeleitet, die im UN-Menschenrechtsrat vertreten sind, berichtet die Website Axios.
Die Anweisung wurde nach der Abstimmung über die von den USA unterstützte Resolution des UN-Sicherheitsrates (UNSC) zur Verurteilung der russischen "Aggression" in der Ukraine verteilt, bei der sich Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate und China der Stimme enthielten.

Die Nachricht enthielt in der Regel Anweisungen für Diplomaten im Ausland, wie sie den Behörden in den Ländern, in denen sie stationiert sind, die Haltung Washingtons am besten vermitteln können. In diesem Telegramm wurde vorgeschlagen, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, um Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate zum Umdenken zu bewegen. In der Mitteilung, die Axios in Teilen einsehen konnte, soll es geheißen haben:
"Wenn Sie weiterhin zum Dialog aufrufen, wie Sie es im Sicherheitsrat getan haben, ist das keine neutrale Haltung, sondern stellt Sie auf die Seite Russlands, des Aggressors in diesem Konflikt."
"Wir ermutigen Sie nachdrücklich, die Gelegenheit zu nutzen, die Ukraine im Menschenrechtsrat zu unterstützen, eine Gelegenheit, die Sie im UN-Sicherheitsrat nicht wahrgenommen haben."
Der Menschenrechtsrat wird am Donnerstag in Genf zusammentreten, um seine eigene Resolution zur laufenden russischen Invasion in der Ukraine zu diskutieren.
Am Dienstag wurde das nicht ganz so diplomatische Telegramm jedoch von Washington zurückgerufen. Der Sprecher des US-Außenministeriums erklärte diesen Schritt gegenüber Axios damit, dass "die fragliche Formulierung nie zur Freigabe vorgesehen war und das Telegramm irrtümlich veröffentlicht wurde".
Washington hofft offenbar, Indien – das ebenfalls enge Beziehungen zu Russland unterhält, insbesondere im Verteidigungssektor – als Verbündeten gegen den Einfluss Chinas in Asien gewinnen zu können, während die ölreichen Vereinigten Arabischen Emirate seit Jahrzehnten zu den wichtigsten arabischen Partnern der USA gehören.
Washington hat die internationale Gemeinschaft aktiv dazu aufgerufen, die russische Invasion in der Ukraine zu verurteilen. Die US-Führung verhängte zusätzliche Sanktionen gegen Moskau und organisierte die Lieferung tödlicher Waffen an Kiew.
Russische Truppen wurden vergangene Woche im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovozierte Offensive vorgeworfen.
Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und eine Reihe ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220def9b480cc2cb970dcb0.jpg

19:51 de.rt.com: **Moskau: Rund 200 Söldner aus Kroatien im Südosten der Ukraine eingetroffen**
In der Ukraine sollen um die 200 kroatische Söldner angekommen sein. Dies berichtet das

russische Verteidigungsministerium. Die Freischärler sollen sich Nationalistenbataillonen angeschlossen haben. Darüber sei auch die kroatische Botschaft informiert worden.
Etwa 200 Söldner aus Kroatien haben sich einem ukrainischen Nationalisten-Bataillon angeschlossen. Das teilte das russische Verteidigungsministerium. Generalmajor Igor Konaschenkow, ein offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, erklärte am Donnerstag gegenüber Reportern:
"Allein in der vergangenen Woche sind rund 200 Söldner aus Kroatien über Polen eingereist und haben sich einem der Nationalistenbataillone im Südosten der Ukraine angeschlossen."
Der Verteidigungsattaché der kroatischen Botschaft in Moskau wurde am Donnerstag ins Verteidigungsministerium einbestellt, wo man ihm unter anderem mitteilte, dass die russische Seite von der Ankunft der Söldner wisse. Konaschenkow fügte hinzu:
"Der Militärattaché wurde über die illegalen Aktivitäten des kroatischen Staatsbürgers Denis Sheler informiert, der 2015 an Kampfhandlungen in der Südostukraine teilnahm und kroatische Söldnereinheiten bildete, die in die Ukraine geschickt werden sollten."

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/6220ead2b480cc2cb970dcbe.jpg